



Wir schaffen das moderne Hamburg – im engen Dialog mit der Stadt



Dr. Andreas Dressel
Fraktionsvorsitzender



Ksenija Bekeris
stv. Fraktionsvorsitzende



Gabriele Dobusch
stv. Fraktionsvorsitzende



Thomas Völsch
stv. Fraktionsvorsitzender



Dirk Kienschurf
Parl. Geschäftsführer



Die SPD-Bürgerschaftsfraktion ist in die parlamentarische Arbeit gestartet – mit der absoluten Mehrheit im Rücken, mit 62 Abgeordneten – darunter 37 aus den Wahlkreisen –, mit den neuen Fachsprechern und einer neuen fünfköpfigen Fraktionsspitze. Gemeinsam mit Senat und Partei wollen wir das Projekt eines Neuaufbruchs für Hamburg zu einem großen Erfolg machen.

Das setzt vor allem voraus, dass wir den guten Dialog mit der Stadt, den wir vor der Wahl gepflegt haben, auch nach der Wahl genauso intensiv fortsetzen. Dazu sind wir alle gefordert. Wir wollen in der Fraktion dazu einen zentralen Beitrag leisten – mit einem

breiten Angebot von Veranstaltungen im Rathaus und natürlich auch vor Ort. Entscheidend ist dabei auch die Ansprache der verschiedenen Zielgruppen und Multiplikatoren in unserer Stadt. Mit unserer breiten Aufstellung unter den Fachsprecherinnen und Fachsprechern haben wir dafür alle Chancen – wir sollten sie aktiv nutzen und nicht warten, dass die Menschen zu uns kommen.

Mit den Menschen im Gespräch bleiben, das muss unser Anspruch sein und bleiben. Und zwar gerade dann, wenn es – was in den nächsten Monaten und Jahren unvermeidlich sein wird – auch um schmerzliche Entscheidungen, um Sparmaßnahmen und an-

dere auch mal unpopuläre Entscheidungen geht. Auch hier muss der Anspruch sein: Erst mit den Betroffenen reden – und dann entscheiden.

Absolute Mehrheit ist nicht gleichbedeutend mit absoluter Wahrheit. Wir sollten deshalb auch den einzigartig vielstimmigen Chor der Oppositionsfraktionen zur konstruktiven Zusammenarbeit in der Sache einladen, zu einem gemeinsamen, fairen und sachlichen Ringen um den richtigen Weg. Niemand darf den Eindruck gewinnen, die SPD stehe für machtarrogantes Durchregieren. Wir haben es nicht nötig, jedes ritualisierte Spielchen, was man so in Deutschland zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien kennt, mit-

zumachen. Und viele Bürger wenden sich von diesem Gehabe ohnehin mit Grausen ab – also, fangen wir damit gar nicht erst an.

Ein erstes sichtbares Zeichen dieses offenen Ansatzes ist die gemeinsame Wiedereinsetzung des Untersuchungsausschusses zur Kostenexplosion bei der Elbphilharmonie: Wir haben den Antrag vorgelegt, GAL, FDP und Linke sind eingestiegen – und die CDU ist in der Schmollecke geblieben. Man sieht, wer aufklären will – oder wer nicht. Ein interessanter Fingerzeig für die kommenden Jahre.

In diesem Sinne:
Auf gute Zusammenarbeit!
Es grüßt Euch Euer
Andreas Dressel,
SPD-Fraktionsvorsitzender

Fachsprecher und Fachsprecherinnen der SPD-Fraktion in der Bürgerschaft

Eingaben:	Sören Schumacher	Verfassung:	Barbara Duden
Europa:	Sabine Steppat	Verkehr:	Martina Koeppen
Familie, Kinder und Jugend:	Melanie Leonhard	Wirtschaft:	Jan Balcke
Gesundheit und Verbraucherschutz:	Martin Schäfer	Wissenschaft:	Philipp Sebastian Kühn
Haushalt:	Jan Quast	PUA Elbphilharmonie:	Metin Hakverdi
Inneres:	Arno Münster	Arbeit:	Jens Schwieger
Kultur:	Gabi Dobusch	Gleichstellung:	Sabine Steppat
Öffentliche Unternehmen:	Thomas Völsch	Integration:	Kazim Abaci
Recht:	Urs Tabbert	Lesben und Schwule:	Philipp Sebastian Kühn
Schule:	Lars Holster	Medien und Netzpolitik:	Hansjörg Schmidt
Soziales:	Ksenija Bekeris	Mittelstand und Handwerk:	Andrea Rugbarth
Sport:	Juliane Timmermann	Senioren:	Karin Timmermann
Stadtentwicklung:	Andy Grote		
Umwelt:	Monika Schaal		

Die Kontaktdaten findest du im Internet unter www.spd-fraktion-hamburg.de



Liebe Genossinnen und Genossen,

der neue Senat hat seine Arbeit aufgenommen. Ich freue mich, dass ich hervorragende Männer und Frauen für die Mitarbeit in der Regierung gewinnen konnte. Alle gehen ihre Aufgaben mit großem Sachverstand, hoher Professionalität und viel Engagement an.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass wir vor großen Herausforderungen stehen. Da geht es nicht nur um die wichtigen Vorhaben wie Wohnungsbau, Erhaltung und Ausbau der Infrastruktur oder die schrittweise Abschaffung der Kita-Gebühren. Es geht auch um die Bewältigung einer schwierigen Haushaltslage und um die Schaffung neuer finanzieller Spielräume. Die Zusage gilt: Die Kostensteigerung beim Betriebshaushalt darf jährlich ein Prozent nicht überschreiten, denn wir meinen es ernst mit der Haushaltskonsolidierung. Wir übernehmen von der Vorgängerregierung einen unsoliden Haushalt, der Einnahmen enthält, die nie kommen werden oder viel geringer ausfallen, als angenommen wurde. Manche Ausgaben sind von vornherein viel zu niedrig angesetzt worden. Der alte Senat war verantwortlich für diverse Luftbuchungen, Fehleinschätzungen und Schummelleien. Ich werde in diesem Zusammenhang deutlich: Die Zeiten des finanzpolitischen Selbstbetrugs sind vorbei. Wir werden, wie angekündigt, alle Vorhaben solide finanzieren. Und wir werden trotz der angespannten Haushaltslage Gestaltungsspielräume gewinnen.

In diesem Frühjahr wird es darum gehen, aus dem SPD-Wahlprogramm ein konkretes Arbeitsprogramm des Senates zu machen, das dann die Grundlage für die Regierungstätigkeit in der laufenden Legislaturperiode sein wird. Damit setzen wir sozialdemokratische Programmatik in die Tat um. Bis zur Sommerpause wird dann auch der überarbeitete Hamburger Haushalt stehen. Unser Handeln wird in der Öffentlichkeit viel Beachtung finden. Und – das gehört zum Regieren dazu – manchmal wird es auch Gegenwind geben. Dann wird es darauf ankommen, dass wir als Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beharrlich sind und nicht das Ziel aus den Augen verlieren: Die SPD hat den Regierungsauftrag erhalten, damit die Wirtschaft läuft und es in unserer Stadt gerecht zugeht. Dafür arbeiten wir jeden Tag.

Euer


Olaf Scholz

Auszüge aus der Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters

Hamburg wird nur dann eine wachsende Stadt sein, wenn wir politisch dafür den Rahmen richtig setzen. Ich will, dass wir Hamburg in diesem Verständnis zu einer Metropole des Fortschritts machen. Ich will, dass wir diese Kräfte der Veränderung, die in unserer Stadt stecken, nutzen, um eine gute Zukunft für alle in der Stadt zu gewährleisten. **Wir wollen das moderne Hamburg schaffen.**

Finanzen

Dieser Senat wird finanzpolitische Solidität wieder zu einem Markenzeichen Hamburgs machen. Auch mit knappen Kassen kann man entschlossen gute Politik machen, wenn man die Nervenstärke dazu besitzt.

Wirtschaft

Wir wollen Hamburg zu einer Innovationshauptstadt in Europa machen. Das wird gelingen, wenn wir in einzelnen wirtschaftlichen Clustern eine enge Zusammenarbeit von Unternehmen, Wissenschaft und öffentlicher Hand organisieren.

Das Herz unserer Wirtschaftskraft schlägt im Hafen. „Hafen finanziert Hafen“ ist ein Irrweg gewesen. Wir werden den neuen Hafenentwicklungsplan im Dialog zwischen der Hafenwirtschaft und der Stadt erarbeiten.

Verkehr

Eine Hafenuerspanne muss gebaut werden. Und wir werden uns dafür einsetzen, dass auch die Y-Trasse zwischen Hamburg/Bremen und Hannover kommt.

Die östliche HafenCity soll gebaut werden. Deshalb ist es klug, die Verlängerung der U4 bis zu den Elbbrücken jetzt auf den Weg zu bringen.

Hamburg soll das modernste Bussystem Europas bekommen. Das ist eine kluge Alternative zur Stadtbahn, und diese Alternative wird auch die nötige Akzeptanz finden.

Damit möglichst viele unsere Angebote nutzen können, wollen wir bis 2020 alle U-Bahn-Haltestellen barrierefrei ausgebaut haben.

Wir schaffen bessere Angebote für die Pendlerinnen und Pendler und setzen uns für den Bau der S4 ein

Energie

Brunsbüttel und Krümmel dürfen nie wieder ans Netz gehen und auch alle anderen Meiler gehören schnellstmöglich abgeschaltet. Hamburg wird sich an der Klage gegen die Laufzeitverlängerung beteiligen.

Wir werden uns mit mindestens 25,1 % an den Energienetzen beteiligen und so dafür sorgen, dass hier keine Entscheidungen gegen das Gemeinwohl getroffen werden können.

Wohnungsbau

Wir brauchen 6000 neue Wohnungen pro Jahr. Wir müssen Wohnungen dort bauen, wo sie gebraucht werden, zu Mieten, die bezahlbar sind. Ich will, dass wir schon bald wieder 2000 geförderte Mietwohnungen pro Jahr bauen.

Der Senat wird deshalb der Immobilienwirtschaft einen „Pakt für das Wohnen“ anbieten, in dem wir gemeinsam unsere Erwartungen und Ziele festlegen und in dem wir uns auch darüber einigen, wie wir sie erreichen.

Bildung

Wir werden den Grundanspruch auf fünf Stunden Kita-Betreuung schrittweise gebührenfrei stellen. Im ersten Schritt werden noch zum August die von schwarz-grün beschlossene Gebührenerhöhung rückgängig und ein gebührenfreies Mittagessen in Krippen, Kitas und Horten möglich gemacht.

Mein Senat wird sich an den vereinbarten Schulfrieden halten. Wir werden die Qualität unserer Schulen weiter verbessern. Nicht zuletzt werden wir die Zahl der Ganztagschulen massiv erhöhen.

Wir werden dafür sorgen, dass junge Menschen in Hamburg alle Chancen auf einen ordentlichen Schul- und Berufsabschluss bekommen. Wir werden dafür sorgen, dass jeder junge Erwachsene in Hamburg entweder das Abitur oder einen Berufsabschluss macht.

Wir brauchen exzellente Universitäten und Forschungseinrichtungen, die keine sozialen Barrieren haben. Dazu gehört für mich ganz zentral, dass wir in dieser Legislaturperiode die Studiengebühren wieder abschaffen.

Kultur

Eine lebendige kulturelle Szene ist Ausdruck einer lebendigen Bürgergesellschaft. Ich finde es wichtig, dass Künstlerinnen und Künstler Konflikte und Brüche in unserer Stadt thematisieren. Ich will, dass wir den Dialog mit den Kulturschaffenden ausdrücklich suchen, um von ihnen und ihren Erkenntnissen zu lernen.

Integration

Ich will, dass wir in den kommenden Jahren eine große Kampagne starten, um diejenigen, die schon seit vielen Jahren bei uns leben, zu überzeugen, sich auch im Pass zu diesem Staat und zu dieser Gesellschaft zu bekennen. Wichtig ist, dass wir alle Qualifikationen nutzen, die wir haben. Wir brauchen dringend eine schnellere und verbindlichere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.

Sicherheit

Wir sorgen dafür, dass Hamburg sicher ist. Der bisherige Umgang mit Intensivtätern hilft nicht weiter. Wir werden ein Konzept auf den Tisch legen, das beschreibt, wie alle Beteiligten – Jugendamt, Schule, Staatsanwaltschaft, Gerichte und Polizei – in so einem Fall vernünftig zusammenarbeiten können. Ich garantiere außerdem, dass kein Polizeikommissariat geschlossen wird. Und wir werden sicherstellen, dass genügend Polizisten neu ausgebildet werden.

Wir werden Hamburg ordentlich regieren. Und wir werden uns auch im Bund zu Wort melden, wenn es um Gesetzesvorhaben geht, die uns oder das Ganze unseres Gemeinwesens betreffen.

Berlin direkt

von Aydan Özoguz

Entgeltgleichheit – jetzt!

Wie lange reden wir in Deutschland eigentlich schon über Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern? Die Antwort lautet: lange. Oder besser: zu lange!

Zugegeben, auch die SPD hoffte vor einigen Jahren noch, dass mit freiwilligen Vereinbarungen und Selbstverpflichtungen eine Veränderung eintreten würde. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt! Jedes Jahr wieder müssen wir am Equal Pay Day Ende März feststellen, dass sich gar nichts zum Positiven gewandt hat – vielmehr ist die Gehaltslücke seit den 1990er Jahren sogar noch angestiegen!

Die Hans-Böckler-Stiftung hat für das Jahr 2008 ermittelt, dass Deutschland mit einem Gender Pay Gap von 23,2 % europaweit auf dem drittletzten Platz liegt, nur knapp vor Österreich und der Tschechischen Republik. Eine Gehaltslücke zwischen Frauen und Männern gibt es leider in vielen europäischen Ländern, in Italien liegt sie im Vergleich dazu aber „nur“ bei 4,9 %.

Die Bundesregierung scheint beim Thema Gleichstellung auch weiterhin unschlüssig zu sein: Frau von der Leyen und Frau Schröder versuchen lieber sich auf Kosten der jeweils anderen zu profilieren, für die Frauen kommt dabei aber leider nichts Zählbares heraus. Ähnlich verhält es sich ja auch bei der Frauenquote für Unternehmen, auch hier hat sich jahrelang gar nichts verbessert und trotzdem soll es nach den Vorstellungen von „Frauenministerin“ Schröder nur wieder eine neue Selbstverpflichtung der Unternehmen geben.

Die SPD-Bundestagsfraktion möchte in dieser Debatte ein klares Signal senden: Ende März wurden Eckpunkte für ein Entgeltgleichheitsgesetz verabschiedet und Anfang April haben wir einen eigenen Antrag in den Bundestag eingebracht, der eine gesetzliche Durchsetzung der Entgeltgleichheit fordert. Denn Entgeltgleichheit ist nicht nur schlicht ungerecht, oft ist die geringere Entlohnung der Frauen auch nicht Existenz sichernd. So hat

sich die Zahl der Frauen, die trotz Arbeit auf Grundsicherung angewiesen sind, seit 2005 verdoppelt und ist auf 743.000 Frauen angestiegen.

Geringfügige Beschäftigung und geringe Bezahlung bedeuten für viele Frauen zudem die Gefahr, keine auskömmliche Rente zu erhalten und von Armut im Alter bedroht zu sein – bereits heute erhalten mehr Frauen als Männer die Grundsicherung im Alter. Diese Ungerechtigkeiten zeigen den Handlungsbedarf für einen gesetzlichen Mindestlohn, von dem gerade Frauen überproportional profitieren würden. Der gesetzliche Mindestlohn kann aber nur eine untere Auffanglinie sein, eine Lösung für gleichen Lohn bei gleicher und gleichwertiger Arbeit ist er nicht. Dafür ist ein Entgeltgleichheitsgesetz notwendig. Die SPD wird weiter dafür streiten!



Termine

1. Mai, 17 Uhr

Maikundgebung 2011:

DAS IST DAS MINDESTE! Faire Löhne – Gute Arbeit – Soziale Sicherheit

10.30 Uhr: Auftakt am Gewerkschaftshaus Besenbinderhof

11 Uhr: Abmarsch der Demonstration

13 Uhr: Kundgebung beim Museum der Arbeit

5. Mai, 18 Uhr

Kurs Europa: Europäische Bahnpolitik – Auswirkungen auf den Logistikstandort Hamburg.

Mit Dr. Rüdiger Grube, Vorstandsvorsitzender DB AG und Knut Fleckenstein
Patriotische Gesellschaft
Trostbrücke 6

5. Mai, 18.30 Uhr

Empfang der SPD-Fraktion für die Ehrenamtlichen in Hamburgs Kirchen
Festsaal des Hamburger Rathauses

6.–8. Mai

Mit dem Fahrrad in der Großstadt.

Ein Wochenende der FES zu den verkehrspolitischen Chancen des Fahrrads in Hamburg.

Infos unter Tel. 32 58 74-0

10. Mai, 18 Uhr

Vom Leben in der Diktatur: Alltag in der DDR.

Julius-Leber-Forum | Rathausmarkt 5
Anmeldung unter Tel. 32 58 74-0

16. Mai, 19 Uhr

Arbeitskreis Bildung beim Kreisvorstand der SPD Hamburg-Nord
SPD-Kreisbüro | Am Hasenberge 44
Anmeldung unter Tel. 32 58 74-0

bis 10. Juni, täglich 9–17 Uhr

Kunst in der Fraktion: „Künstlerräume in Hamburg“ Fotografien von Hayo Heye
Hamburger Rathaus
SPD-Bürgerschaftsfraktion (3. Stock)

Weitere Termine findest Du auch unter www.spd-hamburg.de/termine

Europa aktuell



von Knut Fleckenstein

Liebe Genossinnen und Genossen,

Zu Recht muss sich die EU den Vorwurf gefallen lassen, dass sie zu lange autoritäre Regime in der arabischen Welt unterstützt hat; dass ihr eine vermeintliche politische Stabilität und Wirtschaftsinteressen wichtiger waren als die Grundrechte der Bevölkerung. Was aber ist der richtige Umgang mit Nachbarstaaten, die keine Demokratie in unserem Sinne haben? Das betrifft ja nicht nur die Länder im Mittelmeerraum, sondern auch Länder wie Russland, Usbekistan, Ukraine etc. Als Vorsitzender der EU-Russland-Delegation höre ich häufig, die EU würde sich nicht energisch genug für Menschenrechte in Russland einsetzen. Aber was heißt das? Sollen wir die politischen Kontakte abbrechen und warten, bis Reformen umgesetzt sind? Sollen wir die Handelsbeziehungen einschränken und riskieren, dass sich Russland weiter Richtung China orientiert? Es gibt kein Patentrezept und die EU erreicht sicherlich gar nichts, wenn sie als Oberlehrer auftritt. Wenn wir

eine Lehre aus dem arabischen Umbruch ziehen können, dann die, unsere Grundwerte nicht selbst zu verraten. Hier liegt auch die besondere Verantwortung des Europäischen Parlaments, denn im Gegensatz zu den Mitgliedstaaten bekommen wir es eher hin, das Gemeinwohl vor das nationale Interesse zu stellen. Zwei Dinge sind besonders notwendig zu beachten: Ebenso wichtig wie die offiziellen politischen Kontakte sind die Kontakte zur Zivilgesellschaft, zu den sogenannten Nichtregierungsorganisationen. Gesellschaften können sich nur dann demokratisieren, wenn die Zivilgesellschaft gestärkt wird. Davon sollten wir uns auch nicht aus Rücksichtnahme auf offizielle Befindlichkeiten abbringen lassen. Die zweite wichtige Maßnahme ist der direkte Kontakt zwischen den Menschen. Durch Austauschprogramme bereits im Jugendalter, durch Arbeiten im Ausland, durch Reisen erreichen wir viel mehr als durch offizielle Belehrungen. Das funktioniert aber nur, wenn die EU sich auch öffnet und es durch VISA-Hürden nicht unmöglich gemacht wird, zu uns zu kommen. Wenn wir für unsere Werte werben wollen, dürfen wir uns nicht in einer „Festung Europa“ eingeln.

Fragen? Sorgen? Probleme?

**Wir sind für Sie da!
Das SPD-Bürgerbüro**

Kurt-Schumacher-Allee 10 | 20097 Hamburg | Tel.: 28 08 48 32

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag jeweils 14–16 Uhr



Dokumentation über die Verhaftung der Hamburger SPD-Führung 1933

Auf die Verhaftung von über 30 Hamburger Sozialdemokraten am 16. Juni 1933 folgte sechs Tage später das reichsweite Verbot der SPD durch die Nationalsozialisten. Unter Bruch der Immunität wurden Reichstagsabgeordnete und Mitglieder der Bürgerschaft sowie Vorstandsmitglieder und Distriktvorsitzende verhaftet, gedemütigt und misshandelt. Trotz des brutalen Vorgehens beteiligten sich zahlreiche Versammlungsteilnehmer später aktiv an der Widerstandsarbeit. Wilhelm Bock und Robert Finne hielten bis 1938 Ver-

bindung zum Exilvorstand. Sie bezahlten ihren Widerstand mit dem Leben. Gustav Dahrendorf beteiligte sich an den Vorbereitungen des Attentats vom 20. Juli und entging nur knapp dem Todesurteil.

Über Jahre hat der Historiker Dr. Holger Martens Informationen über die Versammlung und ihre Teilnehmer zusammengetragen und jetzt in einer Dokumentation veröffentlicht. Neben der Darstellung der Ereignisse um die Versammlung und die Verhaftung der Teilnehmer, werden die Beteiligten durch Biographien vorgestellt. Darüber hinaus

sind zahlreiche Dokumente abgedruckt, bei denen es sich insbesondere um Mitgliederinformationen der SPD nach dem Verbot der Parteizeitung „Hamburger Echo“ und um die Korrespondenz des Rechtsanwalts Dr. Herbert Ruscheweyh mit den Inhaftierten handelt.

Am 31. Mai, 19 Uhr, berichtet Holger Martens in der KZ-Gedenkstätte Fuhlsbüttel, Torhaus, Suhrenkamp 98, über seine Forschungsergebnisse.

Das Buch kann bei der SPD-Landesorganisation für 7,50 € erworben werden

Impressum

Herausgeber
SPD-Landesorganisation
Hamburg

V.i.S.d.P.
Karin Timmermann

Redaktion
Mathias Büttner

Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe
18. Mai 2011

Anschrift
Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg

Auf dem Weg in den Widerstand

Die „Echo“-Versammlung der Hamburger SPD 1933



Hrsg. von der AvS Hamburg, 2010